

Pressemitteilung Nr. 56 / 2020 vom 4. November 2020

Es brennt an Bayerns Schulen – jetzt sind sich alle einig. Aber werden auch alle gehört? Konkrete Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden!

Für heute, 4. 11. lädt die Staatskanzlei erneut zum Schulgipfel. Und mittlerweile sind sich die Lehrerverbände, die Elternverbände und auch der Landesschülerrat der Gymnasien mit der GEW einig: an den Schulen fehlt es an einem tragfähigen Konzept mit der Corona-Krise umzugehen. Eingeladen sind jedoch nicht alle Teile der Schulgemeinschaft.

Die GEW hatte schon sehr früh Bedenken geäußert und die jetzigen Zustände vorausgesagt sowie alternative Ansätze vorgeschlagen. Dennoch wird sie als die Bildungsgewerkschaft im DGB mit 280.000 Mitgliedern deutschlandweit nicht einmal angehört und wie schon beim letzten Schulgipfel nicht beteiligt, obwohl der Kultusminister nicht müde wird zu betonen, dass „alle Mitglieder der Schulfamilie“ angehört wurden.

Dazu Martina Borgendale, stellvertretende GEW-Vorsitzende: „Mittlerweile brodelt es bei allen Beteiligten und es landen immer mehr Brandbriefe im Kultusministerium. Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte schlagen Alarm und sind sich einig: es läuft überhaupt nicht mehr rund an den Schulen im Freistaat.“

Das schon zum Ende der Sommerferien deutlich aufgeweichte Stufenmodell wird an den meisten Orten in Bayern nicht umgesetzt. Eigentlich sollten ab einer Inzidenz von 50 die Klassen geteilt werden. Dies geschieht aber nur sehr vereinzelt. Obwohl nur noch wenige Landkreise und kreisfreie Städte unter 100 liegen. Der Gesundheitsschutz aller Beteiligten wird an den Schulen so wenig beachtet wie sonst kaum irgendwo. Vom Freistaat wurde zwar Geld für Luftreinigungsgeräte zur Verfügung gestellt, die Kommunen schaffen die Geräte aber nur sehr zögerlich an.

In einer bayerischen Großstadt war das Gesundheitsamt bereits vor den Herbstferien schon so überlastet, dass die Schulleitung die Lehrkräfte einer Klasse in Quarantäne schickte. Nur um dann drei Tage später wieder anzurufen, ob sie nicht doch in die Schule kommen könnten, weil bereits so viele Lehrkräfte fehlen. An anderen Schulen stufen Gesundheitsämter Lehrkräfte generell nicht als Kontaktperson ein und nur die Schüler*innen gehen in Quarantäne. Es kann nicht sein, dass die Corona-Bekämpfung an den Schulen inkonsequent umgesetzt wird, nur weil man ein System künstlich am Laufen halten will, das in Wahrheit bereits zusammengebrochen ist.

Die Kollegien sind bereits ausgedünnt, Kolleg*innen fehlen wegen Beschäftigungsverbot in der Schwangerschaft, Lehrkräfte sind in Quarantäne und auch einige (wenige) gehören einer Risikogruppe an und unterrichten im Homeoffice zusammen mit einer Teamlehrkraft.

„Mit dieser personellen Ausstattung sollen sie dann unter regelmäßigen „Lüftungspausen“ den Stoff des vergangenen Schuljahres nachholen und den neuen Stoff durchnehmen. Und, wie ihnen in den Schulen gesagt wurde, möglichst schnell Noten machen, falls wieder eine Schließung folge“, so Borgendale weiter. „Dies ist weder human noch pädagogisch sinnvoll mit Kindern und Jugendlichen, die in dieser Krise selbst einiges zu verarbeiten haben. Stattdessen müssten Lehrpläne und Stundentafeln unbedingt vorübergehend reduziert werden.“

Der GEW Landesvorsitzende Anton Salzbrunn ergänzt: „Um die Chancenungleichheit in der Bildung nicht noch weiter zu verschärfen, wäre es dringend notwendig gewesen, benachteiligte Kinder aus sozial schlecht gestellten Elternhäusern ohne Angst und Notendruck zu fördern. Besonders diese Kinder haben während den Schulschließungen oft den Anschluss verpasst.“

Auch beim Thema Digitalisierung sieht es nicht besser aus. Die Lizenz für Windows Teams an den staatlichen Schulen läuft Ende Dezember aus und es weiß noch niemand, wie es danach weitergehen soll. Und noch immer fehlt es an Leihgeräten für alle Schüler*innen, die Bedarf haben.

Die GEW unterstützt grundsätzlich das Ansinnen, einen Präsenzunterricht so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Es müssen dann aber tragfähige und besonders realistische Konzepte da sein, die an den Schulen vor Ort auch umgesetzt werden können. Da der Ministerpräsident Söder die GEW heute beim Schulgipfel nicht zu Wort kommen lässt, laden wir ihn zum Studium unserer letzten Pressemitteilungen ein und sind auch in Zukunft Gesprächsbereit.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Martina Borgendale, stv. Vorsitzende, martina.borgendale@gew.bayern, 0151 124 300 97

Anton Salzbrunn, Vorsitzender, anton.salzbrunn@gew-bayern.de, 0176 65 54 40 36